

Stellungnahme zu dem Aufsatz von Jan Eckel, „Politik der Globalisierung. Clinton, Blair, Schröder und die Neuerfindung der Welt in den 1990er und 2000er Jahren“, VfZ 68 (2020), S. 451-480.

Jan Eckels Aufsatz bildet eine anregende und wichtige Studie, mit der eine Auseinandersetzung sich vor allem dann lohnt, wenn man sich seinem Thema aus einer ganz anderen Richtung genähert hat. Zu meinen Forschungsschwerpunkten als Politikwissenschaftler gehört die Ungleichverteilung politischer Ressourcen, folglich politischer Partizipationschancen, in liberalen Demokratien – neuere einschlägige Buchtitel: *Pluralism: Developments in the Theory and Practice of Democracy*, Sammelband 2006¹; *Empowering Citizens, Engaging the Public: Political Science in the 21st Century*, Monographie 2019². Beide Male habe ich argumentiert, dass jene staatlichen Deregulierungs- und Privatisierungsstrategien, die legitimiert wurden durch Berufung auf angebliche Globalisierungszwänge, derartige Ungleichheiten drastisch verschärft haben.

2006 wie 2019 habe ich mich konzeptionell auf einige der zahlreichen Arbeiten gestützt, die Philip G. Cerny (Rutgers/Manchester) seit den 1990er Jahren über Auslösung, Beschaffenheit und Folgen des Globalisierungsprozesses vorgelegt hat. Bemerkenswert sind besonders zwei frühe Aufsätze von 1997³ und 1999⁴, in denen Cerny die Ablösung des Wohlfahrts- durch den (von ihm so bezeichneten) Wettbewerbsstaat dargestellt und bereits vor zwei Jahrzehnten die Einsicht formuliert hat:

„[Globalisierung] ist ein pfadabhängiger Vorgang, *wurzelnd in konkreten historischen Entscheidungen* [Hervorhebung von mir], Nichtentscheidungen und konjunkturbedingten Wendepunkten [...] Staaten und staatliche Akteure spielen wahrscheinlich die wichtigste Rolle im Globalisierungsprozess“ (1997: 257, 258). – „Dem Staat in der Form des ‚Wettbewerbsstaats‘ fällt eine grundlegende Rolle zu beim Vorantreiben der Globalisierung [...] Staaten unterminieren dabei ihre eigene Autonomie und Politikfähigkeit [...] Politische Werkzeuge werden demontiert und entschärft, strategische Handlungskompetenzen durch Liberalisierung und Privatisierung zerstört“ (1999: 5, 13).

¹ Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich.

² London/Singapore: Palgrave Macmillan.

³ Paradoxes of the Competition State: The Dynamics of Political Globalization, *Government and Opposition*, Vol. 32, S. 251-274.

⁴ Globalization and the Erosion of Democracy, *European Journal of Political Research*, Vol. 36, S. 1-26.

Dass Regierungen die Globalisierung „dramatisch“ befördert haben, dass sie die Bedingungen der Globalisierung, „auf die sie behaupteten, reagieren zu müssen, [...] selbst schaffen konnten“ (Eckel: 472, 473), ist folglich als Einsicht weder so neu noch so „überraschend“, wie es im redaktionellen Vorspann heißt. Cernys Diagnose ist natürlich nicht isoliert geblieben. Man vergleiche etwa den von Fredrik Engelstad und Øyvind Østerud 2004 herausgegebenen Sammelband *Power and Democracy*,⁵ der die Ergebnisse des gleichnamigen, vom norwegischen Parlament 1997 in Auftrag gegebenen Forschungsprojekts resümiert.

Nun spricht nichts dagegen, dass die Zeitgeschichtsschreibung im deutschen Sprachraum sich des Tatbestands annimmt und ihn an Hand konkreter Beispiele belegt. Doch sollte der international erreichte sozialwissenschaftliche Forschungsstand dabei im Auge behalten werden.

Die Zunahme marktfreundlicher Deregulierungspolitik wurde „verkörpert durch die Marschroute der Clinton- (*New Democrats*), Blair- (*New Labour*) und, in Deutschland, Schröder- (*Neue Mitte*) Kabinette“, wobei US-Regierung und Kongress während Clintons Präsidentschaft die „Pionierrolle“ zufiel (*Empowering*: 120). In der Tat waren es diese drei Regierungen, die, wie Eckel schreibt, „maßgeblich“ zu dem Eindruck beitrugen, eine zukunftsorientierte Politik habe Gesellschaften „so auszurichten, dass sie sich in einer globalisierten Welt behaupten können“ (Eckel: 452). Teilweise überraschend finde ich dabei seine Auswahl der Politikfelder, an denen er diesen Sachverhalt demonstriert.

Das gilt natürlich nicht für die Sozialstaats- und Arbeitsmarktpolitik, bilden doch das Zurückfahren staatlicher Sozialleistungen und die „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes Eckpunkte „wettbewerbsstaatlicher“ Politikorientierung. Und auch die Freihandelspolitik – Stichwort NAFTA –, auf die Eckel einen Blick wirft (ohne freilich ihren Investitionsschutz-Vorschriften Augenmerk zu schenken, die eminente Bedeutung gewonnen haben; Stichworte: ISDS – *investor-state dispute settlement* – und *regulatory chill*⁶) –, spielt zweifellos eine Schlüsselrolle. Jedoch herrscht, soweit ich sehe, Einigkeit in der Literatur, dass die Deregulierung der Finanzmärkte die dritte entscheidende Säule der Globalisierungspolitik darstellt (vgl. einmal mehr schon Cerny 1997: 259, 268). Die Bedeutung, welche diese regulierungspolitische Kehrtwende gewann, rührt nicht zuletzt daher, dass sie die Große Rezession der Jahre 2007-2009 erheblich verschärft hat.

Auch bei der Finanzmarktderegulierung fungierten US-Regierung und Kongress als Vorreiter; ein weiteres Mal diente „Wettbewerbsfähigkeit“ als magische Begründungsformel. Der *Glass-*

⁵ Farnham: Ashgate.

⁶ Vgl. *Empowering*, S. 125-130.

Steagall Banking Act von 1933, der Geschäfts- und Investmentbanken getrennt hatte, um risikobehafteten Spekulationen das Wasser abzugraben, wurde 1999 ersetzt durch den *Gramm-Leach-Bliley Act* (offiziell bezeichnenderweise *Financial Services Modernization Act* genannt), der die Trennung aufhob. Die entstehenden Konglomeratkonzerne wurden weder der Aufsicht der *Securities Exchange Commission* noch der einer anderen Bundesbehörde unterstellt. Ein Jahr später folgte der *Commodity Futures Modernization Act*. Er entzog den außerbörslichen (etwa telefonischen) Handel mit Derivaten der Regulierung. Dadurch förderte er auf fatale Weise die übermäßige Verschuldung von Banken mittels spekulativen Einsatzes solcher Finanzierungsinstrumente, deren Marktwert sich ableitet aus erwarteten Kursänderungen von Optionsgeschäften, Terminkontrakten oder gehandelten Kreditausfallsicherungen.

Der Derivaterausch übertrug sich auf die Bundesrepublik. Die Finanzmarktförderungsgesetze von 1998 und 2002 sowie der 2004 beschlossene Finanzmarktförderplan 2006 weiteten den Umfang zulässiger Derivatgeschäfte schrittweise bis zu unbegrenzter Höhe aus. Kapitalanlagegesellschaften wurden von Liquiditätsanforderungen befreit, Hedgefonds zugelassen. Rückblickend urteilte die Deutsche Bundesbank 2015, die neuen Finanzierungsinstrumente hätten in der Krise ihre „Schattenseite“ – hohe Liquiditätsrisiken – enthüllt. Die Deregulierung habe Finanzierungsstruktur und Geschäftsgebaren besonders der größeren Banken „maßgeblich“ geprägt, teilweise mit „solvenzgefährdenden“ Folgen⁷.

Gerade im Finanzmarktbereich hat die Große Rezession Cernys vorausgegangene Analyse einer „Demontierung und Entschärfung politischer Werkzeuge“ im Zuge eines marktfreundlichen, die Globalisierung vorantreibenden Interventionismus vollumfänglich bestätigt. Dass die Folgen jener „Globalisierung als Selbstbeschreibung“, welche Eckel registriert (vgl. 478), hier von ähnlicher Dramatik waren wie beim „Umbau“ des Wohlfahrtsstaats, kann als ausgemacht gelten.

⁷ Deutsche Bundesbank: „Strukturelle Entwicklungen im deutschen Bankensektor“, in: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht April 2015*, S. 33-59, hier S. 33, 36, 37, 40, https://www.bundesbank.de/resource/blob/693290/91473a261edec5eb902d2_ad974543f96/mL/2015-04-bankensektor-data.pdf, abgerufen am 6.7.2020.